Herr Puffe sagte, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen könne. Er bat die Verwaltung, vor dem Kreuzungsbereich auf der Fahrbahn Haltelinien anzubringen, damit der Kreuzungsbereich bei Stau frei bleiben kann.

Herr Schäfer ergänzte, dass er sich auch die Zustimmung zu allen Maßnahmen vorstellen könne, zuvor wollte er von der Verwaltung aber die Frage geklärt haben, wer diese Maßnahmen bezahle. Es könne nicht Aufgabe des Gemeinwesens sein, Maßnahmen zu finanzieren, die durch zusätzliche Verkehre veranlasst würden. Er erwarte von der Verwaltung, dass sie die Finanzierung mit dem Veranlasser regeln würde.

Auch für Herrn Züll war die Klärung der Finanzierung dieser Maßnahme noch offen und er bat die Verwaltung hierüber Auskunft zu geben.

Herr Puffe erinnerte daran, dass ein rechtskräftiger Bebauungsplan vorliegen würde. Daher würde sich für ihn die Frage stellen, ob nicht durch diese Maßnahmen auch die bisherigen Anlieger zur Finanzierung mit herangezogen werden müssten.

Herr Gleß erinnerte an seine Aussagen aus der Ratssitzung. Er habe mitgeteilt, dass nach dem rechtskräftigen Bebauungsplan und dem derzeitigen Ausbau der Erschließungsstraße die Erschließung ausreichend gesichert sei. Die Verkehrsplanersozietät Dortmund, die den Verkehrsentwicklungsplan überarbeite, hätte festgestellt, dass aus diesem Gebiet keine Verkehrsgefährdung durch das Bauvorhaben hervorgehe, die eine weitere nachträgliche Baumaßnahme erforderlich machen würde.
Wenn es jetzt darum ginge, die Finanzierung dieser Maßnahme auf den Investor abzudrücken, würde sich die Verwaltung damit schwer tun. Es handele sich hier um Maßnahmen, die freiwilliger Natur wären. Daher müsste man sich auch Gedanken machen, ob die übrigen ansässigen Gewerbetreibenden, die von der Zufahrt partizipieren, auch an der Finanzierung beteiligten werden sollten.
Er könne jedoch zusagen, mit dem Investor über die Finanzierung zu verhandeln. Damit war der Ausschuss einverstanden.